

Referendum gegen teurere Vignette

Über die Erhöhung des Preises für die Autobahnvignette wird das Volk entscheiden. Die Gegner haben gestern die Unterschriften zum Referendum eingereicht – nach eigenen Angaben mehr als doppelt so viele, wie nötig waren.

BERN 105 822 beglaubigte Unterschriften seien bei der Bundeskanzlei eingereicht worden, teilte das Komitee mit. Hinzu kämen 20 000 noch nicht beglaubigte Unterschriften. Total hätten damit rund 125 000 Personen das Referendum gegen die Erhöhung des Vignettenpreises von 40 auf 100 Franken unterstützt. Nötig wären für ein Referendum 50 000 Unterschriften.

«Es ist ein Aufstand der Auto- und Motorradfahrer», sagte SVP-Nationalrat Walter Wobmann (SO) bei der Übergabe der Unterschriften. SVP-Nationalrätin Nadja Pieren (BE) sprach von einem «Aufschrei in der Bevölkerung». Eine Preiserhöhung um 150 Prozent sei «staatliche Abzockerei».

Das Parlament hatte die Preiserhöhung in der Frühjahrsession beschlossen. Mit den Mehreinnahmen soll die Übernahme von kantonalen Strassen durch den Bund finanziert werden. Das Referendumskomitee unter Leitung von Wobmann und Pieren hält dies für unnötig.

«Abstruse Lügengeschichten»

Den Regierungsräten – unter ihnen auch SVP-Vertreter –, die sich für die Preiserhöhung einsetzen, werfen die Gegner vor, «abstruse Lügengeschichten» zu verbreiten. Die Behauptung, dass ohne das zusätzliche Geld gewisse Strassenabschnitte nicht unterhalten werden könnten, sei falsch. Entweder hätten die Befürworter nichts verstanden oder sie wollten die Bevölkerung über den Tisch ziehen, sagte Wobmann.

Nach Ansicht des Nein-Komitees könnten die Strassen mit den heutigen Abgaben und Gebühren auch in Zukunft problemlos finanziert werden. Der Bund nehme jährlich 9,5 Milliarden Franken durch den Privatverkehr ein,



Mitglieder vom Komitee reichen 105 822 beglaubigte Unterschriften gegen die teurere Vignette ein.

Bild Key

argumentiert das Komitee. 70 Prozent der Gelder würden aber «zweckentfremdet», die Gelder flossen mehrheitlich in die allgemeine Bundeskasse und in den öffentlichen Verkehr.

Und nun solle der Vignettenpreis erhöht werden, ohne dass mit dem Geld zusätzliche Strassen gebaut würden, kritisierte Wobmann. Dass die neueren Autos weniger Benzin verbrauchen und das Autofahren damit eher billiger geworden ist, lassen die Gegnerinnen und Gegner als Argument nicht gelten. Eine Erhöhung des Benzinpreises sei ja auch bereits angekündigt, sagte Wobmann dazu.

Hohe Kosten für Unternehmen

Aus Sicht der Gegner ist eine Autobahnvignette zum Preis von 100 Fran-

ken aber nicht nur unnötig und ungerrecht, sondern auch untragbar für Unternehmen. Für ein KMU mit 500 oder 800 Autos betrügen die Mehrkosten nicht 60 Franken, sondern mehrere 10 000 Franken im Jahr, stellte Pieren fest. Betriebe im Aussendienst, Gewerbe und Versicherungen seien auf das Auto angewiesen.

Ausländer bevorzugt

Schliesslich stört sich das Komitee daran, dass Ausländerinnen und Ausländer, die durch die Schweiz fahren, eine für zwei Monate gültige Vignette zum Preis von 40 Franken kaufen könnten. Damit würden Ausländer gegenüber Schweizern bevorzugt, welche die Autobahn nur selten benutzen und damit weniger abnutzen, aber eine

Vignette für 100 Franken kaufen müssten, kritisierte Pieren.

Unterschriften gegen die teurere Vignette sammelt auch der Verkehrsclub der Schweiz (VCS), allerdings mit einer anderen Begründung: Die Umweltorganisation befürchtet, dass mit dem zusätzlichen Geld neue Autobahnen finanziert werden, beispielsweise eine zweite Röhre durch den Gotthard. Der VCS will seine Unterschriften morgen Freitag einreichen. Unterschrieben haben nach Angaben eines Sprechers indessen weniger als 2000 Personen.

Über die Preiserhöhung entscheidet das Volk am 24. November. Der Bundesrat hatte den Termin unter dem Vorbehalt festgelegt, dass das Referendum zustande kommt. (sda)

Hoffen auf bessere Beziehungen zum Westen

Livia Leu Agosti, abtretende Schweizer Botschafterin im Iran, sieht seit den Wahlen einen neuen Optimismus in Irans Bevölkerung.

VON SIDONIA KÜPFER

ZÜRICH Ob es schwierig gewesen sei, als Frau im Iran Botschafterin zu sein, wollte Nahostexperte Erich Gysling gestern Abend im Zürcher Literaturhaus wissen. «Überhaupt nicht», antwortete Livia Leu Agosti, «die Iraner sind sehr höflich. Sie haben sogar eher mehr Mühe, einer Frau etwas abzuschlagen.» Viereinhalb Jahre lang hatte Leu im Iran die Doppelfunktion als Vertretung der Schweizer Interessen und derjenigen der USA inne. Die Publizistin Esther Girsberger widmete der ersten Schweizer Botschafterin im Iran ein Buch (siehe Artikel rechts), gestern war die Vernissage.

Verständnis schaffen

Lebhaft berichtete die Diplomatin von ihrer Doppelaufgabe: «Man sagte mir, ich würde zwei Hüte tragen. Ich antwortete dann jeweils: «Nein, ich trage zwei Kopftücher», erzählte Leu im Hinblick auf den im Iran für Frauen geltenden Kopftuchzwang in der Öffentlich-

keit. Und Leu schilderte, wie es abließ, wenn etwa das iranische Aussenministerium mit Entscheiden unzufrieden war und die Botschafterin einstellte: «Ich musste mich möglichst rasch dorthin begeben, und dann erklärte mir der jeweilige Mann – es sind ja praktisch alles Männer in den politischen Positionen –, wie die Haltung des Irans sei.» Dann habe man vielleicht noch ein paar Erklärungen anbringen und versuchen können, Verständnis zu schaffen, sagte Leu.

Unterschiede zwischen Kandidaten

Im Iran mache sich seit den Wahlen ein neuer Optimismus breit, stellte Leu fest. Erstmals hatte es Fernsehdebatten gegeben, wie man sie aus den USA kenne: «Es gab sehr offene Diskussionen», sagt die Diplomatin. Dabei hätten die Bürger gemerkt, dass es zwischen den vom Wächterrat zugelassenen Kandidaten grosse Unterschiede gab – und sie hätten den Liberalsten gewählt. Denn: «Die Bevölkerung erhofft sich bessere Beziehungen zum Westen.»

Wieder zurück in Bern

Der Iran sei ihr und ihrer Familie ans Herz gewachsen, sagte Leu. Ihre Familie, das sind ihr Mann, ein Ameisenforscher, und die zwei Söhne. Ab August wird sie beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) den Bereich bilaterale Wirtschaftsbeziehungen leiten – und statt in Teheran wieder in Bern leben.

Neuerscheinung Livia Leu Agosti – vom Leben als erste Schweizer Botschafterin im Iran

ZÜRICH Botschafter sind qua Funktion ein verschwiegenes Volk. Umso mehr reizt ein Buch über eine Exponentin dieser Garde, verspricht es doch Einblick in eine sonst wenig zugängliche Welt. Dass Livia Leu Agosti als erste Schweizer Botschafterin in den Iran unter dem umstrittenen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad versetzt wurde, macht die Ausgangslage noch spannender. Die Journalistin Esther Girsberger gibt auf leicht lesbare Weise einen Überblick über die Situation der Schweizer Botschaft, die im Iran als Schutzmacht der USA eine wichtige Doppelrolle einnimmt. Girsberger kennt Livia Leu von ihrer Studienzeit und stand seither in losem Kontakt. An manchen Stellen ist das Buch etwas übertrieben empathisch, etwa wenn immer wieder erwähnt wird, wie anstrengend gerade die erste Zeit für die Botschafterin gewesen sei. Im Interview am Schluss des Buches spricht Leu selbst von besonders spannenden Jahren.

Unbestrittener Höhepunkt des Buches ist der Kampf um die Freilassung dreier amerikanischer Touristen, den Livia Leu an vorderster Front bestreitet. Hier wird die Botschafterin in

ihrem täglichen, praktischen Bemühen um die Gefangenen geschildert, aber sie wird auch als Mensch fassbar, der Mitgefühl zeigt. Eindringlich sind die Schilderungen, wie Leu zum ersten Mal die Gefangenen besuchen kann und wie sie den strengen Gefängniswärter überzeugt, ein Foto für die Angehörigen machen zu dürfen. Auch wenn man sich an manchen Stellen etwas weniger diplomatische Verschwiegenheit und mehr direkte Aussagen von Leu gewünscht hätte: Das Buch bietet einen runden Einblick in die iranische Welt zwischen Politik und Alltag und zeigt anhand von Porträts über Iranerinnen und auch, dass unter dem Kopftuch und dem Tschador mehr Emanzipation steckt, als man hierzulande vielleicht vermuten würde. (sk)



Esther Girsberger Livia Leu – Unsere Botschafterin im Iran, Wörthersee, 2013, 200 Seiten, 39,90 Franken.

Aarauer Stadion in drei Jahren fertig

BERN Das neue Fussballstadion in Aarau soll auf Beginn der Saison 2016/2017 in Betrieb genommen werden können. Die Stadt Aarau will die Baubewilligung bis Ende Jahr erteilen.

Alle in das Projekt involvierten Parteien seien daran interessiert, die Sache voranzutreiben, sagten Vertreter der Stadt Aarau, des FC Aarau und der Generalunternehmerin HRS gestern vor den Medien in Aarau. Der Zeitplan könne allerdings nur eingehalten werden, wenn keine Beschwerden den Bau verzögerten. Zum Baugesuch, das vor einem Jahr eingereicht wurde, waren vier Einwendungen eingegangen. Eine konnte inzwischen erledigt werden. Über die drei anderen muss der Stadtrat Aarau nun im Rahmen der Baubewilligung entscheiden. Kommt es zu keiner Einigung, können die Einwendungen als Beschwerden weitergezogen werden.

Spatenstich im Herbst 2014 geplant

Liegt das Baugesuch rechtskräftig vor, braucht die Generalunternehmerin HRS rund ein Jahr, um das Stadion mit seinem Mantel in Form von Büro- und Geschäftsräumen finanziell sicherzustellen. Läuft auch dieser Prozess normal ab, soll der Spatenstich im Herbst 2014 erfolgen. Der erste Anpfiff im neuen Stadion soll im Sommer 2016 erfolgen.

Die Zeit drängt vor allem für den FC Aarau. Der Aufsteiger bekam die Lizenz für die an diesem Wochenende beginnende Saison 2013/2014 in der Super League nur unter Auflagen. Diese betreffen vor allem Umbauarbeiten am bisher benutzten Stadion Brügglifeld. (sda)

Journal

Krebsbehandlung von Kindern an ausgewählten Spitälern

BERN Krebskranke Kinder und Jugendliche werden künftig nur noch in den neun Spezialkliniken behandelt. Auch komplexe Operationen sollen von weniger Spitälern durchgeführt werden. Das entschied das Beschlussorgan der Kantone für hoch spezialisierte Medizin. Mit der Konzentration werde ein wichtiges Zeichen zur Qualitätssicherung gesetzt, teilte die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren (GDK) am Mittwoch mit. Zudem könnten Kosten gespart werden.

Neuaufnahme von Gesprächen über Steuerabkommen

BERN Die Schweiz und Italien haben die Gespräche über ein neues Steuerabkommen wieder aufgenommen. Traktanden sind unter anderem ein Abkommen mit Abgeltungssteuer, ein Doppelbesteuerungsabkommen nach OECD-Standard sowie die Besteuerung italienischer Grenzgänger. Das teilte Mario Tuor, Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF), gestern mit. Ein Zeithorizont sei nicht vereinbart worden. Anfang der Woche habe ein Treffen in Bern stattgefunden. Nach den Sommerferien sollten die Gespräche weitergeführt werden.

Flugtickets: WWF fordert Klimaschutzabgabe

ZÜRICH Der WWF verlangt die Einführungen einer Klimaschutzabgabe auf Flugtickets. Die Schweiz solle damit mit den Nachbarländern gleichziehen, die eine solche Abgabe bereits kennen würden, heisst es in einer WWF-Mitteilung von gestern. Die Fliegerei sei ein Haupttreiber des Klimawandels, und der Staat subventioniere diese umweltschädliche Branche, schreibt die Umweltorganisation. Sie fordert eine Ticketabgabe von mindestens 20 Franken auf Kurzstreckenflügen, 50 Franken für Mittelstrecken und 100 Franken für Langstrecken. Für Business-Class-Tickets müsse die Abgabe doppelt so hoch sein.